

Vortrag an den Ministerrat

Langfristige Budgetprognose

Gemäß § 15 Abs. 2 BHG 2013 hat der Bundesminister für Finanzen alle drei Jahre eine hinreichend begründete, nachvollziehbare, langfristige Budgetprognose für einen Zeitraum von mindestens 30 Finanzjahren zu erstellen.

Der vorliegende Bericht ist der dritte dieser Art und basiert auf einer Studie des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO), welche vom Bundesministerium für Finanzen in Auftrag gegeben wurde. Er legt dar, wie sich die heute absehbaren demografischen Trends bis 2060 auf die öffentlichen Haushalte in Österreich auswirken und quantifiziert die zu erwartende Entwicklung der Staatsausgaben, der Staatseinnahmen, des Maastricht-Saldos und der Schuldenstände. Die Modellrechnungen stehen dabei unter der Annahme, dass die gegenwärtige Politik unverändert fortgeführt wird. Die Projektionen liefern somit eine technische Fortschreibung des Status quo (Ende September 2019) und dienen als Frühwarnsystem, präjudizieren jedoch nicht zukünftige politische Entscheidungen.

Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen, dass eine zentrale politische Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte die finanzielle Bewältigung des demografischen Wandels in Österreich ist – insbesondere für die Bereiche Pensionen, Gesundheit und Pflege. Gemäß der WIFO-Studie steigen die demografieabhängigen Ausgaben der öffentlichen Haushalte – ausgedrückt in Relation zum BIP – von 30,2% im Jahr 2018 auf 34,9% im Jahr 2060 an.

- Die öffentlichen Ausgaben für Pensionen (inkl. Pensionen für Beamtinnen und Beamte und Ausgleichszulagen) legen dabei – hauptsächlich durch den Übertritt geburtenstarker Jahrgänge von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand – von gegenwärtig 13,3% des BIP bis 2035 auf 15,0% des BIP zu. Danach wird nur noch ein leichter Anstieg auf 15,2% des BIP im Jahr 2060 erwartet.
- Auch die Gesundheitsausgaben und die Ausgaben für Langzeitpflege steigen deutlich. Im Gesundheitsbereich wird ein kontinuierlicher Anstieg der Ausgabenquote von gegenwärtig 7,1% des BIP auf 8,7% des BIP (2060) erwartet;
- Im Pflegebereich eine Verdoppelung von gegenwärtig 1,6% auf 3,3% des BIP bis zum Jahr 2060.

Der gesamtstaatliche Maastricht-Saldo bleibt – unter der Annahme der Fortführung des Status quo – bis 2035 auf eher niedrigem Niveau, steigt jedoch bis 2060 auf -3,5% des BIP an. Das mittelfristige Haushaltsziel, das für Österreich einen strukturellen Saldo von -0,5% des BIP oder besser vorsieht, wird – ohne entsprechende gegensteuernde Maßnahmen – bereits ab dem Jahr 2031 verfehlt. Die Schuldenquote geht zunächst auf unter 50% des BIP zurück, steigt jedoch ab 2038 wieder auf 65,6% des BIP im Jahr 2060 an.

Die vorliegenden Schätzungen über Einnahmen und Ausgaben des Staates für die nächsten 40 Jahre sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Die Ergebnisse der Studie sind daher wie alle langfristigen Projektionen vorsichtig zu interpretieren – das Augenmerk sollte auf zeitliche Verläufe und längerfristige Entwicklungen gelegt werden. Das WIFO hat deshalb auch Szenarien prognostiziert, bei denen einzelne Parameter von der als am realistischsten eingeschätzten Prognosevariante abweichen, was – mit Ausnahme des Szenarios mit höherem Produktivitätswachstum – in der Folge zu deutlichen Verschlechterungen bei Defizit und Schuldenstand führt.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle die Langfristige Budgetprognose zustimmend zur Kenntnis nehmen und die Übermittlung an den Nationalrat genehmigen.

12. Dezember 2019

Dkfm. Eduard Müller, MBA
Bundesminister